

„Wir respektieren die PDS als eine Partei, die in dieser Demokratie angekommen ist“, erklärt Schröder-Sprachrohr Münterfering und ergänzt: Die „Entscheidung für die PDS hat die Unterstützung der Bundes-SPD“. Innerparteilich triumphiert damit die prokommunistische Tradition Otto Grotewohls über den marginalisierten Antitotalitarismus Kurt Schumachers. Die SPD nutzt und nährt eine Partei, die der Verfassungsschutz beobachtet; eine Partei, in der sich der harte Kern der SED sammelt. Schröder versucht, auch Westdeutsche stärker an die PDS zu gewöhnen. Gerade in Berlin will die SPD testen, inwieweit die PDS auch im Westen als Koalitionsoption nutzbar ist. Hochkonjunktur haben deshalb Bestrebungen, SED und PDS zu verharmlosen. Die SPD hilft, die PDS zu etablieren und zu akkreditieren. Doch die umbenannte SED ist eine extremistische Partei.

Wie andere extremistische Parteien zielt die PDS darauf, die freiheitliche Demokratie zu diskreditieren. Kaum hinwegtäuschen kann darüber auch die Eloquenz des Medienstars Gysi. Mit ihrem kategorischen Wahrheitsanspruch verunglimpft die Neo-SED andere Interessen, Wertvorstellungen und Lebensformen. Programme und Agitation extremistischer Parteien richten sich *per definitionem* gegen Grundwerte der freiheitlich-pluralistischen Demokratie. Extremistische Parteien sind heterophob und fixieren einen Feind, der das Böse schlechthin, das Böse an und für sich, verkörpert. Fanatismus und Hass sind Hauptantriebs-

kräfte extremistischer Politik. Die freiheitliche Demokratie gründet demgegenüber auf einem Denken, das sich für fehlbar hält, das die Vielfalt der Überzeugungen in einer offenen Gesellschaft als grundsätzlich legitim akzeptiert, das Politik nicht als Krieg gegen einen Feind begreift, das differenziert statt diskreditiert, das (auf der Basis eines Grundkonsenses) kompromissbereit ist und Distanz zu sich selbst bewahrt.

In der Auseinandersetzung mit der PDS und ihren Helfern geht es nicht nur um Vergangenheit, sondern auch darum, wie sich die Neo-SED und ihre Förderer heute darüber äußern, wie sie versuchen, totalitäre Diktaturen zu beschönigen und die freiheitliche Demokratie zu schwächen. In ihrem Koalitionsvertrag planen SPD und PDS, Rosa Luxemburg ein Denkmal zu setzen. Die SPD hilft damit, eine Politikerin zu ehren, die ihren berühmten Satz „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ nur innerhalb der kommunistischen Partei gelten lassen wollte. Was Rosa Luxemburg unter Freiheit von Andersdenkenden verstand, unterstreicht ihr Aufruf vom 24. Oktober 1918: „Der Diktatur des Proletariats gehört der Tag und die Stunde. Wer sich dem Sturmwagen der sozialistischen Revolution entgegenstellt, wird mit zertrümmerten Gliedern am Boden liegen bleiben.“

Rosa Luxemburg war führend am kommunistischen Kampf gegen die Weimarer Demokratie beteiligt; ein Kampf, der viele Hundert Menschenleben gekos-

tet und – anders als das „Monopolkapital“ – wesentlich zum Aufstieg Hitlers beigetragen hat. Vehemente Verächter von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Vorbilder für die SPD? Welchen Respekt hat die Partei Schröders heute noch vor Leistungen und Vermächtnis Friedrich Eberts? In welche Tradition rückt die SPD, von welcher entfernt sie sich? „Kann es solche historische Legasthenie wirklich geben? [...] Manchen Sozialdemokraten ist solche Amnesie peinlich“ (Christoph Stölzl). Außerdem heißt es im Koalitionsvertrag, von der deutschen Hauptstadt Berlin seien zwei Weltkriege ausgegangen. Bethmann-Hollwegs Politik und Hitlers „Entfesselung“ (Walther Hofer) des Zweiten Weltkriegs auf einer Stufe?

### „Behutsamer Imagewechsel“

Wie glaubwürdig ist die PDS? „Am Ende eines jahrzehntelangen Niedergangs, nach ökonomischem wie moralischem Bankrott, wäre die Umwidmung der Parteimilliarden für die Diktaturoper und die Selbstauflösung der Partei ein Akt von jener welthistorischen Größe gewesen...“ (Christoph Stölzl), die Kommunisten stets gerne beansprucht haben. Die umbenannte SED ist eine sozialdemagogische Partei; als solche ist sie darauf spezialisiert, Maximalforderungen zu erheben. „Geschickter hat wohl nie jemand ‚Haltet den Dieb‘ gerufen“ (Christoph Stölzl). Häufig verhöhnt die PDS die Opfer von über vierzig Jahren SED-Diktatur. Sie vertritt vor allem die Interessen der ehemaligen Täter. Zu Opfern hingegen stilisiert die PDS sich und ihre Anhänger – zu Opfern der Einheit, zu Opfern angeblicher „Siegerjustiz“, zu Opfern der „Herrschenden“, zu Opfern des „Parteienstaates“. Als Opfer sieht sich insbesondere die PDS-Leitfigur, Rechtsanwalt Gysi. Vehement bestreitet der frühere Bundestagsabgeordnete und neue Berliner Wirtschaftssenator, ein Stasi-Mitarbeiter gewesen zu sein.

Doch der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hat „am 8. Mai 1998 eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen festgestellt. [...] Er hat auch eigene Vorschläge an das MfS herangebracht. Dr. Gysi hat seine berufliche Stellung genutzt, um als Anwalt auch international bekannter Oppositioneller die politische Ordnung in der DDR vor seinen Mandanten zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er wichtige Informationen an das MfS weitergegeben. Auf diese Erkenntnisse war der Staatssicherheitsdienst zur Vorbereitung seiner Zerstrategie dringend angewiesen.“

Gegen diese Beurteilung hat Gysi erfolglos vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Andere PDS-Spitzenfunktionäre wie André Brie wirkten nach eigenen Angaben über zwanzig Jahre für das MfS, das zentrale Instrument der hauptverantwortlichen SED. Nach wie vor beherrschen die SED-geschulten Dialektiker in der PDS ihr Geschäft. Zentrales Ziel der Partei ist es, einen „behutsamen Imagewechsel“ einzuleiten, wie Roland Claus, der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, erklärt. Deshalb versucht die PDS, sich dialektisch von der DDR zu distanzieren und die eigenen Ziele dialektisch zu drapieren. So fordert die Partei im Berliner Koalitionsvertrag einerseits Respekt vor DDR-Lebensläufen (das heißt hier auch vor SED- und Stasi-Karrieren). Dieser Respekt erlaubt es der PDS andererseits, sich von SED-Verbrechen zu distanzieren, die allerdings lediglich „Entstellungen der sozialistischen Idee“ gewesen seien. Zwar erklärt die PDS, sie verurteile SED-Verbrechen; doch zugleich äußert sie, die DDR sei ein „legitimer Sozialismus-Versuch“ gewesen. Zudem sei auch die Bundesrepublik kein

wirklicher Rechtsstaat. Auf diese Art versucht die Partei, Unterschiede zu nivellieren – bis heute eine zentrale Methode der PDS. Immerhin war die „Deutsche Demokratische Republik“ sogar nach ihrem Selbstverständnis eine Diktatur, nämlich eine „Diktatur des Proletariats“.

Helmut Holter, PDS-Vorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern und Wirtschaftsminister des Landes, erklärt, das System der Bundesrepublik gehöre „abgeschafft“. Über Stasi-Spitzel befindet er: „Spione hin oder her – man kann ja mal überlegen, was Herr Kinkel war in seiner Geschichte. Kinkel war Chef des Geheimdienstes der Bundesrepublik“. Ohnehin bekennt das „Marxistische Forum in der PDS“, es sei ein „Irrtum, das sozialistische System auf demokratische Weise erreichen zu wollen“. Laut PDS-Pressedienst gehört zur „Hinterlassenschaft der DDR die Hoffnung, dass der Sozialismus möglich“ sei.

Am 16. Juli 2001 hat ein PDS-Landtagsabgeordneter „Blockaden, Stein- und Flaschenwürfe“ in Neubrandenburg verteidigt und „die Schuld an den Ausschreitungen der Polizei“ zugewiesen. Ein Thüringer Landtagsabgeordneter aus der PDS organisierte für den 2. Oktober 2001 eine Demonstration zusammen mit Anarchisten und autonomer Szene. Das Motto der Veranstaltung sollte lauten: „Es gibt tausend Gründe, Deutschland zu hassen!“ Andere PDS-Spitzenfunktionäre äußern: „Die historische Legitimität der DDR steht außer jedem Zweifel“ und fordern sogar eine „demokratische Diktatur des Proletariats“. Die PDS-Politikerin Angela Marquardt erklärt über innenpolitische Auseinandersetzungen: „Wer Gewaltfreiheit proklamiert, ist meiner Meinung nach blauäugig.“

### „Überbewertung des Rechts“

Gysi warnt vor „übertriebenem Legalismus“ und der „Überbewertung des Rechts“. Sahra Wagenknecht formuliert

in einem Nachruf auf Erich Honecker, die DDR sei der friedfertigste und menschenfreundlichste Staat gewesen, der je auf deutschem Boden existiert habe. Weiter befindet die Leitfigur der „Kommunistischen Plattform“: „Die DDR war nicht undemokratischer als die Bundesrepublik.“ Über die Morde an der Mauer bemerkt allerdings kein Spitzenvertreter der „Kommunistischen Plattform“ oder des „Marxistischen Forums“, sondern Gysi, die Hätschelfigur vieler Journalisten, höchstselbst: Der „Schießbefehl an der Grenze gehört – leider – zur Souveränität eines Staates.“ Für die alte SED war die Mauer ein „antifaschistischer Schutzwall“. Doch die Maschinenpistolen waren nach innen gerichtet, auf die eigenen Bürger.

Spätestens am Tag des Mauerbaus war die Idee von der Überlegenheit des sozialistischen Systems endgültig gescheitert. Eine allerletzte Begründung, nach dem Mauerbau werde die DDR ungestört von westlichen Agenten ihre Überlegenheit zeigen können, führte sich bald selbst *ad absurdum*. Deutlicher als alles andere enthüllt die Mauer, worauf die DDR hauptsächlich gründete: auf Propaganda und Terror. Der Kontrast zur Bundesrepublik könnte kaum schärfer sein: Während viele die DDR verlassen wollten, ist die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen begehrtes Zielland für zahlreiche Menschen. Auf den Punkt gebracht hat es US-Präsident Kennedy 1963: „Ein Leben in der Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen. Aber wir hatten es nie nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen.“

Das letzte Maueropfer, Chris Gueffroy, war beinahe noch ein Kind, als er erschossen wurde. Klaus-Peter Eich war zwanzig Jahre alt, als er am 21. Oktober 1961 versuchte, durch einen Doppeldrahtzaun nach West-Berlin zu entkom-

men. Ohne vorherige Warnrufe und Warnschüsse warteten die Grenzer auf eine günstige Schussposition und schossen in seinen Rücken. Durch einen lebensgefährlichen Schuss erlitt er eine Querschnittslähmung und ist seitdem an den Rollstuhl gefesselt. Heute muss er sich, wie die Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld beklagt, in den Medien als verbittert titulieren lassen, weil er dagegen kämpft, SED-Verbrechen zu vergessen oder zu vertuschen. Lengsfeld erinnert auch an Gisela Mauritz: Die junge Chemnitzerin wurde im Jahre 1974, zur Hoch-Zeit der Entspannungspolitik, am Grenzübergang Marienborn verhaftet, als sie mit ihrem vierjährigen Sohn die DDR verlassen wollte. Während ihrer Haftzeit wurde ihr Sohn von einem linientreuen Ehepaar zwangsadoptiert.

Allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz begann Gisela Mauritz nach ihrer Entlassung erneut, nach ihrem Kind zu suchen. Dafür wurde sie zum zweiten Mal verhaftet und zu zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt. Nach ihrer Entlassung bekam sie Aufenthaltsbeschränkung in der sächsischen Provinz, gekoppelt mit dem Verbot, die Hauptstadt der DDR zu betreten, wo sich ihr Sohn befand. Nach fünf Jahren gelang es der Bundesregierung, Frau Mauritz freizukaufen. Erst nach vierzehn Jahren fand Frau Mauritz ihren Sohn mithilfe des Fernsehmagazins „Report“ wieder. Was Gisela Mauritz und ihrem Sohn widerfuhr, entsprach dem, was in der DDR „Sozialistische Gesetzmäßigkeit“ hieß.

Doch die PDS-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Rosemarie Hein, weigert sich, die DDR einen „Unrechtsstaat“ zu nennen und bezeichnet die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 lediglich als einen „Fehler“. Die PDS hält die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik für das „friedlichere“ Deutschland. Mitverantwortlich für den Mauerbau sei der Westen, weil er sich geweigert habe,

„die Realität der DDR vor dem Mauerbau“ anzuerkennen. Gerne diskreditieren SPD und PDS jene als „Kalte Krieger“, die sich für die Vergangenheit der Neo-SED interessieren. Für die Neo-SED sind „Kalte Krieger“ wieder jene, die sich weigern, Menschenrechtsverletzungen hinzunehmen oder gar zu vertuschen. Allerdings wird es schwerer, mit kritischen Äußerungen über die PDS Aufmerksamkeit zu erringen, wenn sich mittlerweile mit Richard von Weizsäcker sogar ein ehemaliger Bundespräsident wohlwollend über die PDS äußert.

Immer wieder heißt es, die PDS sei demokratisch gewählt. Deshalb sei die umbenannte SED als normale Partei anzusehen. Allerdings erringen auch NPD, DVU und REP (oder die FPÖ) zuweilen in demokratischen Wahlen größere oder kleinere Stimmenanteile. PDS-Helfer bemerken auch, es sei wichtig, die Partei Gysis nicht auszugrenzen. Doch ist eine Partei, die in Thüringen und Sachsen stärkste Oppositionspartei ist, ausgegrenzt, nur weil sie keine Regierungspartei ist?

## Keine Alleinvertretung

Ihre Mesalliance in Berlin versuchen SPD und PDS auch immer wieder mit dem Hinweis zu rechtfertigen, die Partei Gysis sei angeblich „die“ Partei des Ostens. Deshalb sei es wichtig, durch eine Regierungsbeteiligung der PDS die innere Einheit voranzubringen. Doch in Thüringen und Sachsen etwa hat die große Mehrheit der Wähler bei den letzten Wahlen nicht PDS, sondern SPD und CDU gewählt. Die PDS hat kein Alleinvertretungsrecht für die rund achtzig Prozent der Ostdeutschen, die nicht PDS wählen. Bundeskanzler Schröder betont immer wieder, die PDS dürfe auf Bundesebene keinen Einfluss bekommen. Doch verfügt die Neo-SED bereits, vor allem wegen der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern, über einen breiten politischen Einfluss im Bundesrat, der ein Ver-

fassungsorgan ist, mit dem die Länder an der Politik des Bundes mitwirken.

Wer wie Schröder mit der Neo-SED kollaboriert, verlässt endgültig die politische Mitte. Wie rasch sich die Zeiten ändern: Gestern gerierte sich Schröder als Kanzler der „neuen Mitte“; heute umgarnt er die PDS. Allerdings versucht Schröder, sich gerade wegen seiner *liaison dangereuse* mit der PDS als Politiker der Mitte zu präsentieren – zwischen der linksextremistischen PDS und den angeblich „rechten“ Unionsparteien. Aus ihrem „linken“ beziehungsweise linksextremistischen Winkel heraus versuchen SPD und PDS, die Unionsparteien in eine „rechte“ Ecke zu drängen. Doch anders als die SPD halten CDU und CSU Äquidistanz zu extremistischen Parteien. Die PDS wiederum kann wegen ihrer Kooperation mit der SPD mehr denn je begründet darlegen, Stimmen für neokommunistische Parteien seien keine verlorenen Stimmen, sondern nun Stimmen möglicherweise sogar für eine Regierungspartei. Vom eigenen Versagen in der Regierung kann die PDS dann immer noch ablenken mit Hinweisen auf den Westen, den Bund, die Vorgängerregierungen, den Koalitionspartner, „die“ Unternehmer und das „kapitalistische System“ als angebliche Urheber der jeweiligen Misere und Missstände. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern beweist die PDS jedenfalls, wie eine Partei es schafft, sich zugleich als Regierungs- und Oppositionspartei zu gerieren. Das Ziel formuliert PDS-Chefin Zimmer: „Widerstand ist Ministeramt“.

In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben sich PDS und SPD obendrein darangemacht, das jeweilige Land runterzuwirtschaften. Beiden Parteien ist es auch schon gelungen, Investoren, die Arbeitsplätze schaffen wollen, in Scharen in die Flucht zu schlagen beziehungsweise fernzuhalten. In keinem der sechzehn Bundesländer ist das Wirtschaftswachstum so niedrig und die Arbeitslosigkeit so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Berlin braucht, so Vera Lengsfeld, „eine Regierung, die Probleme löst – keine, die Probleme schafft“. Wie kann die SPD befinden, mit der PDS ließen sich das schlechte Investitionsklima und die Arbeitslosigkeit bekämpfen? Wie will die SPD mit PDS-Leuten im Senat Berlin voranbringen; mit Figuren, die vor allem als Klassenkämpfer erprobt und qualifiziert sind? Wie glaubwürdig ist ein Bundeskanzler, der die extremistische PDS einerseits vom Verfassungsschutz beobachten lässt, andererseits aber Koalitionen mit einer solchen Partei einfädelt? Soll die SED-Fortsetzungspartei bald auch Schröder selbst den Steigbügel halten, damit er nach 2002 weiter im Kanzler-Sattel reiten kann? In Erinnerung sind noch viele, sogar jüngere SPD-Versprechungen, die PDS sei kein Partner. Im Übrigen bleibt abzuwarten, wem die SPDS-Kollaboration mittel- und langfristig mehr nutzt – der SPD oder der PDS? Schon jetzt rangiert die PDS in Sachsen und Thüringen in der Wählergunst vor der SPD. Bereits Fontane warnte: „Wer ein Gespenst großzieht, den frisst es bald auf.“

### „Im Seichten“

*„Wirft man einen Stein in stehendes Wasser, wandern kreisförmige Wellen über die Oberfläche. Die Schönheit dieses Wellenschlags hat die SPD zum Sinnbild ihrer Mitte-Kampagne erkoren. Es vermittelt Ruhe und Konzentration, sanfte Bewegung und Lebendigkeit. Mitte ist zwar nicht unbedingt da, wo der Stein ins Wasser fällt oder wo die SPD ihn hinwirft – aber auch im Seichten, im Gefühligem und Stimmungseligen zieht es breite Kreise.“*

Stefan Dietrich am 22. Februar 2002 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*